

009 K 002/23



AMTSGERICHT MÜNSTER

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 12. November 2024, 9.00 Uhr,
im Amtsgericht 48149 Münster, Gerichtsstr. 2, Saal 101 B, 1. OG**

das im Wohnungsgrundbuch von Münster Blatt 44186 eingetragene
Wohnungseigentum

Grundbuchbezeichnung:

lfd. Nr. 1: 178,92/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück:
Gemarkung Münster, Flur 145, Flurstück 345, Gebäude- und Freifläche,
Bahnhofstraße 66, Größe: 210 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 5 des
Aufteilungsplans.

Für jeden Miteigentumsanteil ist ein Grundbuchblatt angelegt (Münster
Blätter 44182 bis 44188); das Miteigentum ist durch Einräumung der zu den
anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte
beschränkt.

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter.

Ausnahmen: Veräußerung

- a) an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie und Geschwister,
- b) im Wege der Zwangsvollstreckung,

c) durch einen Konkursverwalter,

versteigert werden.

Objektbeschreibung: Miteigentumsanteil an einem Grundstück, das mit einem Wohn- und Geschäftshaus (Baujahr ca. 1954, massive Bauweise, 5-geschossig, unterkellert, 1 Ladenlokal, 6 Eigentumswohnungen) bebaut ist. Es handelt sich bei der zu versteigernden Wohnung um eine 3-Zimmer-Wohnung im 3. Obergeschoss (Diele, 3 Zimmer, Küche, Bad, Keller, kein Balkon, kein Kfz.-Stellplatz), ca. 95 qm Wohnfläche. Die Wohnung ist derzeit vermietet.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 24.3.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 340.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Münster, 13.09.2024